

abends

Sächsische Volkszeitung

Verlagsstelle und Abteilungs Dresden, N. 16, Hofstraße 40 Preis pro Nummer 21 Pfennig

Bezugspreise: Ausgabe A mit illustrierter Beilage vierteljährlich 2.50 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 2.80 M. in Österreich 3.40 K.

Verlagsstelle und Abteilungs Dresden, N. 16, Hofstraße 40 Preis pro Nummer 21 Pfennig

Einzige katholische Tageszeitung in Sachsen.

Organ der Zentrumspartei.

Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und reitg. Wochenbeilage. Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.

Das internationale christliche Arbeiterprogramm.

Für die Tage vom 18. bis 21. März d. J. ist nach Luzern ein Internationaler christlicher Arbeiterkongress einberufen, der zu den Fragen des internationalen Arbeiterkampfes, die im Weltfriedensvertrag eine Rolle spielen sollen, Stellung zu nehmen berufen ist.

1. Die vom extremen Sozialismus (Volschewismus) proklamierte Diktatur des Proletariates ist genau so verunft- und rechtswidrig, wie die ausschließliche Herrschaft des Kapitals oder bevorzogter Stände. Ueberwacht in jede ausschließliche Herrschaft einer einzelnen gesellschaftlichen Klasse zurückzuweisen.

2. Die für die Zukunft in allen Ländern anzustrebende Regierungsform ist die Ausübung der öffentlichen Gewalt durch die gesellschaftlichen Stände. Jeder gesellschaftliche Stand soll in der Staatsregierung im Verhältnis zu seiner sozialen und kulturellen Bedeutung vertreten sein.

3. Der Tendenz zur absolutistischen oder imperialistischen Alleinherrschaft der zentralen Staatsgewalt ist entgegenzuwirken durch das föderative Prinzip. Sowohl die städtischen wie die ländlichen Gemeinwesen, dazu die beruflichen Organisationen, sowie die provinziellen oder einzelstaatlichen historischen Gebilde sollen im Rahmen des Gesamtstaates ihr angestammtes Eigenleben mit entsprechenden, unantastbaren Sonderrechten bewahren.

4. Die Demokratie oder Volksherrschaft im wahren Sinne besteht keineswegs in der Diktatur des Proletariats, sondern in der Teilnahme aller Volksgenossen und Volksstände an der Staatsregierung und den Kulturwerten der Gegenwart.

5. Als Weg zur Verwirklichung der Demokratie im genannten Sinne ist ein Wahlsystem zu schaffen, welches jedem der gesellschaftlichen Volksstände die ihm gebührende Vertretung in der Regierung und Verwaltung des Gesamtstaates, sowie der kleineren politischen und wirtschaftlichen Gruppierungen sichert.

Das „Soziale Programm“ stellt an die Spitze der Prinzipien: „Zur Beseitigung der sozialen Uebel der Gegenwart und zum Wiederaufbau der Gesellschaft auf fester Grundlage sollen die drei großen gesellschaftlichen Gewalten harmonisch zusammensprechen: Kirche, Staat und Arbeitergemeinschaft.“ Als Arbeitsgemeinschaft versteht der Antrag, die Organisationen der Arbeiter einerseits, der Arbeitgeber andererseits, die gemeinschaftlich dafür zu sorgen haben, daß die staatlichen und religiösen Reformpostulate zweckmäßig und konsequent verwirklicht werden, und daß die Arbeiter auch persönlich zur Verbesserung ihrer Lage energisch mitwirken.

Der internationalen Organisation der revolutionären Gruppen stellt der Kongress die internationale Vereinigung derjenigen Organisationen entgegen, die den Schutz und die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen und der sittlichen und kulturellen Rechte der Gesellschaft und die zur Erreichung dieser Zweck erforderlichen Reformen anstreben, auf dem Boden des Naturrechtes und der durch die Geschichte und Verkommen funktionierten politischen und religiösen Institutionen.

Die Entschlieung zur Regelung des internationalen Arbeiterrechtes beauftragt die allgemeine Garantie der Konstitutionsfreiheit des Arbeiters und die Gleichstellung des ausländischen Arbeiters hierin, die gemeinsame Einführung der Sozialversicherung, gemeinsames Verbot der Kinderarbeit und der Nachtarbeit für Jugendliche, sowie die Einführung der wöchentlichen Ruhepause von anderthalb

Tagen. In bezug auf die Stellung des Arbeiters zum Unternehmen — hier offenbart sich der Gegensatz zu dem Sozialisierungsprogramm der Sozialdemokratie — sagt die Entschlieung:

In allen Staaten sind Lohnämter einzurichten und mit der Befugnis auszurüsten, auf Beschwerden der Arbeiterschaft verbindliche Lohnminima festzusetzen. Den Arbeitergesellschaften und den auf gesellschaftlicher oder gewerkschaftlicher Grundlage kapitalistisch organisierten Erwerbsgesellschaften, sowie den staatlichen, kommunalen, auf Erwerb gerichteten Betrieben ist die Verpflichtung aufzuerlegen, der Gemeinwohl ihrer Angestellten und Arbeiter außer dem ordentlichen Lohn einen zur Errichtung eigener Wohnstätten und Bilanzgärten und sonstigen gemeinschaftlicher sozialer Einrichtungen dienenden Anteil am Geschäftsgewinn zuzuwenden.

Die Staaten werden zur Verhütung kollektiver Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern das Zustandekommen von Tarifverträgen auf gewerkschaftlicher Grundlage, die Gründung von Berufsgenossenschaften und die Einrichtung von paritätisch konstituierten Einigungs- und Schiedsämtern zur Schlichtung, eventuell schiedsrichterlicher Entscheidung kollektiver Streitigkeiten fördern.

Religion und Republik.

Stimmungsbild aus der Nationalversammlung von unserem Weimarer parlamentarischen Vertreter.

Eine Religionsdebatte entwickelte sich in der Dienstagssitzung der deutschen Nationalversammlung im Anschluß an eine von dem deutschnationalen Abg. Pastor und Lic. W. M. M. eingeleitete Interpellation an die Regierung über Eingriffe der Revolutionsbehörden in die Rechte von Kirche und Schule. Die Regierungsbänke sind zu Beginn der Sitzung völlig leer. Nach Erledigung einiger kleiner Anfragen erhält sofort der Interpellant das Wort. Er beläutert die Abwesenheit der Regierungsvertreter, und daraus entwickelt sich eine Geschäftsordnungsdebatte. Man unterhält sich dabei über die Frage, ob man trotz der Abwesenheit der Regierung weiter verhandeln solle oder nicht. Erst die Erklärung des Kolonialministers Bell, daß eine Erklärung vom Regierungstische erfolgen werde, beschwichtigt die hochgehenden Wogen der Erregung. Der Abg. Mumm schließt mit seiner Rede das ganze Haus. Er hält allerdings mit seiner Polemik gegen die Religionsfeindlichkeit der Sozialdemokratie die Abgeordneten der Linken in fortgesetzter Bewegung. Seine Brandmarke des Geistes der preussischen Regierung, welche einen Adolf Hoffmann an die Spitze des Kultusministeriums setzte und damit das ganze gläubige Volk beleidigte, findet lebhaftest Zustimmung bei der Mehrheit. Mumm greift als verantwortlich hierfür die Regierung Ebert-Scheidemann heftig an. Während dieser Ausführungen erwidert Scheidemann, der zunächst ganz überaus ruhig ist. Er sammelt seine Mitarbeiter um sich und berät längere Zeit mit ihnen, dann verläßt er den Saal wieder. Der Interpellant bringt Schidemann über Eingriffe von Revolutionsbehörden namentlich in Hamburg und Braunschweig, welche die trübsten Bilder der französischen Revolution hinter sich lassen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten ergehen sich in fortgesetzten Zwischenrufen, die beweisen, wie peinlich sie diese Angriffe und Feststellungen empfinden. Namentlich tun sich bei diesen Rufes und Unterbrechungen die weiblichen Abgeordneten auf den sozialdemokratischen Bänken hervor, die von ihren männlichen Kollegen vergeblich zu beschwichtigen versucht werden. Nehrenbach bittet wiederholt die Linke, die Zwischenrufe zu unterlassen, da sie nicht dem Ernste der Sache entsprechen. Schließlich ruft ein sozialdemokratischer Abgeordneter: „Was ist denn Religion? Sagen Sie uns das doch einmal!“ Mumm bezeichnet die Beziehungen zum lebendigen Gott als Religion, was spöttische Bemerkungen links erweckt. Als Mumm feststellt, daß die Sozialdemokraten gemäß dem Erfurter Programm die Kinder in religionslose Schulen zwingen wollen und als links daraufhin: Sehr richtig! gerufen wird, ruft Mumm dies unter Entrüstungskundgebungen des Hauses fest, auch die Mehrheitssozialisten protestieren zum großen Teile erregt.

Inzwischen gibt's im Saale eine heitere Szene. Ein Abgeordneter ist durchgedröckelt; das ist nur zwar nicht das erste Mal, aber es gibt jedenfalls immer eine ulkige Abwechslung. Die deutsche Nationalversammlung hat eben so gewichtige Persönlichkeiten, daß die für zarte ästhetische Theaterbesucher geschaffenen Parkette sich als nicht ge-

nügend widerstandsfähig erweisen. Es kostet schon einige Mühe, um den betreffenden Deputierten aus seiner „Zwangslage“ zu befreien.

Der Reichsminister Bell beantwortet die Interpellation mit einer Erklärung der Regierung. Zunächst wird die Abwesenheit des zuständigen Ministers des Innern mit den unheilvollen Reichsdringlichkeiten entschuldigt, da dringende Angelegenheiten den Minister in Berlin festgehalten hätten. Zur Sache selbst wird bemerkt, daß die Angelegenheit nicht zur Zuständigkeit des Reiches gehört und daß gegen Eingriffe in den Einzelstaaten das Reich von sich aus nichts ausrichten könne.

Nachdem der Abg. Schulz-Promberg die Beipropfung der Interpellation beantragt hat, erhält der Mehrheitssozialist Sellmann das Wort. Als Volksschullehrer und noch dazu aus Hamburg erscheint er seiner Fraktion wohl geeignet als Diskussionsredner. Er kann aber nicht fesseln, er bringt nur hoch- und stichweise die Worte hervor, er sucht nach dem Ausdruck und er vergreift sich auch oft dabei. Die Schwächen seiner Rede werden von der Rechten scharf unterstrichen. Im Laufe der über eine Stunde dauernden Rede lehrt sich der Saal beträchtlich. Sellmann schiebt unter erstem Widerspruch der Rechten gerade der evangelisch-lutherischen Kirche die Schuld an der feindseligen Haltung großer Volksteile gegenüber der Kirche zu. Diese Kirche hätte sich selbst aufs äußerste kompromittiert. Nehrenbach schreibt energisch gegen diese Ausführungen ein und er setzt sich zur Wehr gegen die schon wieder beginnende Unerflichkeit der Debatte. Der Präsident sieht sich mehrfach gezwungen, nach diesen Gesichtspunkten gegen Sellmann vorzugehen. Als der letztere von der versammelten Kirche spricht, brüllt ein Entrüstungsturm durch das Haus. Pfeife schallen ihm entgegen und Nehrenbach ruft ihn zur Ordnung. Aus dem Stenogramm ergibt sich später, daß er von der versammelten Kirche gesprochen hat, weshalb der Ordnungsruf zurückgenommen wird. So sprudelt Sellmanns Rede weiter, obwohl nach Verlauf einer Stunde Nehrenbach ihn darauf aufmerksam macht, daß mit den weitläufigen Ausführungen nur Zeit verloren und nichts gewonnen wird. Sellmann fordert zum Schluß unbedingte Trennung von Staat und Kirche.

Nach ihm kommt als Redner des Zentrums der Universitätsprofessor Prälat Mausbach aus Münster zum Wort. Die oratorischen Feinheiten seiner Ausführungen fesseln das ganze Haus. Er teilt den Standpunkt der Interpellanten in allen Wesentlichen. Eine Schulpolitik nach dem Muster Adolf Hoffmanns würde Millionen von Bürgern in ihren heiligsten Gefühlen verletzen. Religion sei nicht nur Privatangelegenheit, sondern auch eine wichtige Angelegenheit des öffentlichen Lebens. Mausbach weist darauf hin, daß andere Länder, namentlich England, es viel besser verstünden, die religiösen Interessen ihrer Völker wahrzunehmen. Besonders bemerkenswert sei, daß England, Frankreich und Japan jetzt eine Vertretung ihrer Länder beim Vatikan in Rom unterhalten. Mausbach tritt für freien Wettbewerb in allen erzieherischen und religiösen Angelegenheiten ein. In der Nachmittags-sitzung wird die Debatte fortgesetzt, man hat das Gefühl, daß sich in diesen kulturellen Fragen trotz allem viel härtere Gegensätze geltend machen, als in allgemein wirtschaftlichen und politischen Dingen. Und man hat weiter den Eindruck, daß an diesen Kulturfragen und den Meinungsverschiedenheiten ihrer Lösung während einzelner politischer Gemeinheitsarbeiten wieder verschlafen werden kann. Die Dinge, die sich nach dieser Richtung hin in Preußen vorbereiten, sind von allergrößtem Ernste. Wahrscheinlich wird es dort gerade infolge der Haltung der Sozialdemokraten in allgemeinen Schul- und religiösen Fragen zu einem völlig einheitlich zusammenschichten Ministerium kommen, da das Zentrum zur Mitarbeit unter den obwaltenden Umständen sich nicht bereitfinden läßt. Das aber würde wiederum nicht ohne einschneidende politische Rückwirkungen auf die Verhältnisse im Reiche sein können.

Verwaltungsfragen in der sächsischen Volkskammer

Dresden, 11. März.

Auf der Tagesordnung der heutigen 10. Sitzung der sächsischen Volkskammer standen zwei Anträge der Mehrheitssozialisten, vertreten durch den Abg. Kratz, betreffend die Neugestaltung der Kreis- und Bezirksverwaltungen und Vertretungen auf demokratischer Grundlage und die Zusammenlegung der Gemeindevertretungen und der Ratskollegien, sowie ein Antrag der

unabhängigen Sozialdemokraten, vertreten durch den Abg. Übung betreffend den Erlass eines Notgesetzes wegen Umgestaltung der Verwaltung der Gemeinden.

Den Verhandlungen wohnten die Minister Dr. Gradnauer und Dr. Harnisch, sowie mehrere Ministerialdirektoren bei. Die Tribünen waren mäßig besetzt.

Präsident Frähdorf teilte vor Eintritt in die Tagesordnung mit, daß ein Antrag des Direktoriums, betreffend die Beschleunigung des Reichsverordnungs- und Petitionsverfahrens eingegangen sei.

Abg. Zierzig (Soz.) begründete zunächst den Antrag betreffend die Umgestaltung der Kreis- und Bezirksverwaltungen. Er sprach sich u. a. gegen die bisherige Amtsbefugnis aus die die Aufgabe gehabt habe, die Politik der früheren Regierung zu kritisieren, wobei die Amtsblattredakteure zu eine traurige Rolle gespielt hätten.

Abg. Wilde (Soz.) begründete den Antrag über die Zusammenlegung der Gemeindevertretungen und der Ratkollegien, daß eine Verkleinerung des Wahlrechtes nicht wieder eintreten dürfe, es müsse eine umfassende Veränderung in den Gemeindevertretungen stattfinden. Vielleicht löse sich ein einheitliches Gemeinderat für das ganze Land schaffen. Auch die Armenabrechnung sei veraltet. Weiter wünschte der Redner eine baldige Neuwahl der Ratkollegien, die Beseitigung der lebenslänglichen Wahlen der Bürgermeister, den Wegfall des Stimmrechtes der besoldeten Stadträte usw.

Abg. Müller, Leipzig (Unabh.) bearbeitet den Antrag auf Erlass eines Notgesetzes wegen Umgestaltung der Verwaltung der Gemeinden und hebt hervor, daß der Antrag nichts Neues bringe. Er enthalte nur Forderungen zur Förderung einer gesunden Gemeindepolitik. Die jetzige Gemeindeverwaltung sei eine Mittelalterliche. Der Redner begründet dann ausführlich die einzelnen Forderungen des Antrages.

Ministerialdirektor Dr. Schulze betont, daß eine Neuordnung des gesamten Gemeindefwesens eine dringende Notwendigkeit sei. Ebenso wichtig sei jedoch auch eine befriedigende Lösung dieser Aufgabe, die von heute auf morgen nicht möglich sei. Notwendig sei erst die Schaffung einer einheitlichen Verfassung. Auch müsse die Regierung vor entscheidenden Änderungen erst mit den Gemeindeverbänden in Rücksprache treten. Die Körperlichkeiten hätten sich während des Krieges durch ihre Tätigkeit den Ruf des Vaterlandes verdient. Erfahrung aus diesen Gebieten seien jetzt nicht annehmbar. Die Regierung sei jetzt ernstlich bestrbt, an eine Neuordnung der Verhältnisse heranzutreten. Ein Notgesetz könne die Regierung jedoch nicht in Aussicht stellen, da eine derartige überstürzte Gesetzgebung große Bedenken habe. Der Ausdehnung des Selbstverwaltungsrechtes der Gemeinde stehe die Regierung insofern gegenüber, daß Staatsaufsicht nicht bestehen bleiben, weil sich sonst die Gemeinden zu selbständigen kleinen Republiken entwickeln würden. Auch die Volkstammung werde sich ihres Einflusses auf die Gemeinden nicht begeben wollen. Nach seiner Meinung müßten in erster Linie Sicherheiten gegen eine unüberwindliche Sonderlösung des Aufsichtrechtes geschaffen werden. Die Aufsicht dürfe nicht mehr im Geiste des Christentums, sondern im kollektiven Geiste ausgeübt werden. Auch das Feststellungsrecht muß aufrecht erhalten bleiben und die Frage des Zweikammerrechts sei jetzt nicht so dringlich. Ehe man an eine Änderung der Verfassung, müßten alle identifizierten Kräfte armütlich ermahnen werden. Dies gelte auch von der Haltung der Kreis- und Bezirksverbände. Der Regierung würde die Verweisung der Anträge an einen Ausschuss erwünscht sein, um eine notwendige gründliche Aussprache herbeizuführen. Der Redner kündigte zum Schluß einige kleine Gesetzesvorlagen im Sinne der Anträge an.

Abg. Müller (Deutsche Volkspartei) weist darauf hin, daß das Durchhalten durch die 12 Krisenjahre den deutschen Gemeindeverwaltungen mit zu verdanken sei. Die Schwierigkeiten seien auch heute noch nicht vorbei. Vor entscheidenden Änderungen müsse auch der Gemeindevertreter und die Bürgermeistervereinigungen gehört werden. Vor einem Notgesetz müsse er warnen. Auch müsse die Forderung nach einer einheitlichen Gemeindeverfassung abgewiesen werden.

Nach einer längeren Aussprache wurden die Anträge dem Beschleunigungsverfahren überwiesen.

Die Lage in Berlin.

Roske fordert bedingungslose Übergabe.

Berlin, 11. März. Heute vormittag hat Oberbürgermeister Bielowitz von Lichtenberg durch zwei Beamte einen Brief an den Reichswehrminister Roske gelangen lassen, in dem er bittet, zur Vermeidung weiteren Blutvergießens und weiterer Zerstörung Lichtenbergs einen Waffenstillstand zustande kommen zu lassen. Der Oberbürgermeister versichert, daß er in Verbindung mit dem Berliner Volkswort eine einwandfreie Einwohnerwehr bilden wolle, die für Ruhe und Ordnung sorgen werde. Deshalb bitte er die Regierungstruppen, sich zurückzuziehen und so die Stadt Lichtenberg vor der Gefahr weiterer Beschädigung zu bewahren. Die Abgesandten des Lichtenberger Oberbürgermeisters wurden sofort vom Reichswehrminister empfangen. Der Minister erklärte: „Sagen Sie dem Oberbürgermeister: Entweder bedingungslose Übergabe oder gar nichts!“ Gleichzeitig wurden die militärischen Stellen von der Wendung der Lage benachrichtigt, so daß ein entsprechender Bescheid auch sofort den Aufständischen übermittelt werden kann.

Die Kämpfe in Lichtenberg.

Berlin, 11. März. Heute früh hat die Besetzung Lichtenbergs durch die Regierungstruppen nach schwerem Kampfe

begonnen. Die Spartakisten leisteten stellenweise ver zweifelt Widerstand. In dem Gefolge der festgenommenen Spartakisten sind unermessliche Werte an Gold- und Juwelierwaren vorgefunden worden, die aus den letzten Plünderungen stammen. Artilleriefeuer liegt seit heute früh auf Lichtenbergs Hauptgebäude. Bei der Besetzung Kienhölls durch die Regierungstruppen wurden 30 Matrosen verhaftet. Im übrigen vollzog sich die Besetzung kampflos. Die Regierungstruppen ermittelten eine Anzahl geheimer Munitionsdepots und beschlagnahmten sie. Zum Teil befanden sich diese Depots auch in Privatwohnungen. In einer Wohnung wurden acht Maschinengewehre und Sprengmittel vorgefunden. Die Regierungstruppen haben heute früh das Gelände der Ringbahn bereits überschritten. In Köpenick sind einige hundert plündernde Spartakisten und Matrosen eingetroffen, die die Lebensmitteldepots besetzten und ausraubten.

Die Spartakisten räumen.

Berlin, 11. März. Die Abendblätter melden: Die Spartakisten räumen seit heute morgen die Lichtenberger Stellung. Sie haben eingesehen, daß sie sich zwischen zwei Feuern befinden und nicht die geringste Aussicht haben, den Kampf mit Erfolg weiter zu führen. Sie haben in den dortigen Barricaden Maschinengewehre und Handgranaten liegen lassen, zum Teil auch Gewehre, und versuchen jetzt, in westlicher Richtung zu entkommen. Infolgedessen ist an der Oberbaumbrücke eine Sperre eingerichtet worden, an der jeder Passant gründlich untersucht wird. Die Truppen rücken heute vormittag in breiter Front zwischen der Landberger und Frankfurter Allee vor und werden im Laufe des Tages jedes Haus sorgfältig nach Waffen durchsuchen. Gegenwärtig stehen bereits mehrere Bataillone in Lichtenberg, die in den Vormittagsstunden noch Verhörfunktionen erhielten. In zahlreichen Häusern liegen Gewehre und Revolver, die von den Flüchtenden sortiert worden sind. Es ist deshalb sehr schwer, Gefangene zu machen, da die Kämpfer von gestern heute wie friedliche Bürger umhergehen und sich aus Lichtenberg entfernen können, ohne daß es möglich ist, jeden einzelnen festzustellen.

Verhaftungen.

Berlin, 11. März. Nach einer Meldung des „Mitt-Abendblattes“ sind bis jetzt gegen 1200 Spartakisten verhaftet und in die Gefängnisse eingeliefert worden. Das Gros der Verhafteten stellen wieder Jugendliche und unreife Paare, die sich jetzt als harmlose Passanten hinstellen und unabsichtlich in die ganze Geschichte hineingeraten sein wollen.

Die Lebensmittelkatastrophe.

Berlin, 11. März. Die Versorgung Berlins mit Lebensmitteln ist ernstlich bedroht. Auch in dieser Woche gibt es kein Fleisch, keine Nahrungsmittel und keine Retrikation. Das Elend in den Familien des Mittelstandes und der Arbeiter ist so groß, wie es niemals während des ganzen Krieges gewesen ist. Die Räder erklären, daß sie nur noch für fünf Tage Mehl zum Vorkauf haben.

Der Millionerlöhnsfall.

Berlin, 11. März. Von der Berliner Großindustrie wird der Lohnausfall für die Arbeiterkraft anlässlich des osttägigen Generalstreiks auf 24 Millionen beziffert. Es haben Verhandlungen der Industriellen begonnen, die ein gemeinsames Vorgehen betreffen. Lohnabzügen für die Streiktage unter keinen Umständen zu zahlen, selbst auf die Gestalt hin, die Betriebe dauernd zu schließen.

Verbot der Tanzlustbarkeiten.

Berlin, 11. März. Der Polizeipräsident von Berlin hat für den Landespolizeibereich Berlin angeordnet, daß alle öffentlichen Tanzlustbarkeiten von Donnerstag den 13. d. Ms. ab verboten sind. In Anbetracht des Ernstes der Zeit erwartet er, daß die Bürgerpflicht auch von der Veranstaltung privater Tanzlustbarkeiten nach Möglichkeit absteht, sie jedenfalls auf das Mindestmaß einschränkt. Sollte sich diese Erwartung nicht erfüllen, würden behördliche Schritte in Erwägung gezogen werden.

Deutsches Reich

Die Trauerfeier für Oberleutnant von Kläver.

Halle, 11. März. Nach der Rede des Garnisongeistlichen bei der Trauerfeier für den ermordeten Oberleutnant von Kläver legte der Reichspräsident Dankmann im Auftrage der deutschen Nationalversammlung einen Lorbeerkranz mit folgenden Worten am Sarge nieder: Komens der deutschen Nationalversammlung lege ich den Lorbeer auf diesen Sarg. Oberleutnant v. Kläver, der kurz zuvor Deutschland hervorragende Dienste geleistet hatte, war persönlich berufen und beauftragt worden, die deutsche Nationalversammlung zu schützen, als diese in Weimar zusammentrat. Er hat diesen Schutz in musterhafter Weise geschaffen und geleistet. Er hat den Mitgliedern der verfassunggebenden Versammlung das volle Gefühl der Sicherheit gegeben und dadurch die Freiheit ihrer Beratungen und Beschlüsse gesichert, die ihr die äußere und innere Kraft verleiht. Er hat, als der volksfeindliche Plan ins Werk gesetzt wurde, Weimar vom Verkehr abzusperren, um die Nationalversammlung zu sprengen, persönlich sich mit an die Spitze gestellt, um diesen Gewaltakt zu hindern und zu brechen und dem aus tausend Wunden blutenden Vaterlande den verbrecherischen Bürgerkrieg zu ersparen, in den Wahn und noch schlimmeres die Arbeiter von Halle zu reißen suchte. In welch tapferer, selbstopfernder Weise er auch dem neuen Vaterlande seine Dienste geleistet hat, das zeigt die Wut des Sankens, der ihn sinnlos und verbrecherisch erschlagen hat. Die Vorstellung hat in Deutschland nichts Grauenhafteres ausgedenken, als daß ein Teil des Volkes den deutschen Namen in unerhörter Weise beschimpft. Die Töter, die dem Wehrlosen vergeblich und menschenlich erschossen haben,

sind verurteilt, im Wachen und im Traume das Mordgeheiß zu führen, das sie sich auf die Stirn gebrannt haben. Dem Vaterlande, der Nationalversammlung und den Seinen ist ein ausgezeichneter Mann entzogen worden, dessen Name die deutsche Geschichte aufzeichnet. Denn er ist gefallen als ein Opfer leuchtender Vaterlandsliebe im Dienste der Deutschen Republik, des deutschen Volkes und der verfassunggebenden Nationalversammlung. Die Tragik seines Menschenlebens ist unendlich verhängnisvoll mit der dramatischen Tragik des Schicksals der Nation. Die deutsche Nationalversammlung legt durch mich diesen Lorbeerkrans hier nieder. Er deckt einen Selden, den Deutschland nie vergessen wird, weil es nur durch ihn und seinesgleichen gerettet werden kann.

Rücktrittsgeheim des Ministers Dr. Köth.

Weimar, 10. März. Der Reichsminister des Mobilisationsamtes Dr. Köth hat, wie wir hören, seine Entlassung zum 1. April erbeten. Er hat sein Entlassungsgeheim damit begründet, daß die Demobilisierung am 1. April vollständig durchgeführt sei.

Regierungsbildung in Bayern.

München, 10. März. Die Beratungen über die Zusammenlegung der neuen Regierung in Bayern haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Es scheint, daß der Finanzminister Jaffe nicht bleiben wird. Man spricht vielfach von Freiherrn von Haller, einem genährten Mehrheitssozialisten. Hoffmann (Mehrheitssozialist) hat große Aussicht, Ministerpräsident zu werden, gleichzeitig Reichserzherzog und Amt zu erhalten. Er ist eine der bedeutendsten Persönlichkeiten seiner Partei. Vom neuen Ministerium erwartet man allgemein die Aufhebung der außerordentlich löstigen und gewalttätigen Zensur der bayerischen Presse, die von dem sozialdemokratischen Dracon „Münchener Post“ in ihrer Nummer in heftiger Weise angegriffen und als im höchsten Grade in der demokratischen Grundforderung der Pressefreiheit stehend erklärt wird.

Der neue oberchlesische Streik.

Breslau, 11. März. Die oberchlesische Streikbewegung hat einen sehr ernsthaften Charakter angenommen. Sie hat nunmehr die meisten Gruben ergriffen. Ein Abhauen ist nach Berichten aus Oberschlesien vorläufig nicht zu erwarten. Um den geplanten Spartakistischen Putz in Oberschlesien zu beugen, haben der Zentralrat der Provinz Schlesien und der A. und S. Rat des niederschlesischen Industriebezirkes alle öffentlichen Anlagen, Bahnhöfe usw. militärisch besetzen lassen. In Niederschlesien ist es bisher nur zu geringen Störungen gekommen. In einer am Sonntag in Zentenberg abgehaltenen Konferenz der Vertrauensleute und Ausschussmitglieder des oberchlesischen und niederschlesischen Braunkohlenreviers wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die Sozialisierungsvorlage der Regierung begrüßt und zuvörderst die Demokratisierung gefordert wird. Die Bergleute leben aber Experimente, die nur zu leicht scheitern, unter Wirtschaftslieben noch mehr zu verwirren, mit aller Entschiedenheit ab. Sie verurteilen ebenso die von gewissenlosen Seite betriebene Hetze gegen die Gewerkschaften und ihre Führer und rufen an alle Arbeiter des Braunkohlenreviers die dringende Aufforderung, sich in Zukunft nicht mehr zu planlosen Putzen und Streiks mißbrauchen zu lassen.

Polnische Angriffe in Oberschlesien.

Oppeln, 11. März. Die Polen überschritten heute früh die oberchlesische Grenze bei Laurabüttel. Ein deutscher Posten wurde gefangen genommen, von einem polnischen Offizier in Geiseld, verhört und dann zurückgeschickt. Deutsche Grenztruppen überboten den bestetzten Niemotzwaer. Dabei gab es auf polnischer Seite Tote und mehrere Verletzte, auf deutscher Seite einen Toten und vier Verletzte.

Berlin, 11. März. In der Gegend von Lissa, sowie in der Nähe von Pentschen und Birnbau wurden feindliche Patrouillenvorhänge abgewiesen. In der Regenerfront herrscht ebenfalls rege polnische Geschützaktivität. Angriffe der Polen auf Mirosław und Bodanin südlich von Kolmar wurden mit Unterstützung der Artillerie im Rakonwie abgewiesen.

Frontbericht aus dem Osten.

Liban, 10. März. Die Pressestelle Liban meldet im Frontbericht vom 9. d. Ms.: Unsere Truppen haben Trifaki erreicht und Popieljano besetzt. Patrouillen stehen heute bis über Krupie hinaus vor. Der Bahnhof Ringen ist in unserer Besitze. Eine in Kursitz anhebende feindliche Kompanie ist nach Stambj vertrieben worden.

Aus dem Ausland

Der Papst zur Arbeiterfrage.

Vat. Im Konstantiniansaal empfing der Papst die Teilnehmer des Kongresses der italienischen Diözesanvereine. Etwa 200 Vertreter waren anwesend, Graf Dalla Torre, Präsident des italienischen Volksvereins, verlas eine Ergebenheitsadresse, worauf der Heilige Vater in einer Ansprache antwortete. Benedikt XV. hob die Zweckmäßigkeit des Kongresses hervor, erklärte, er anerkenne ihre Absicht, die Kräfte der Katholiken für die Verwirklichung des religiösen und sozialen Programmes aufzubieten. Wir können euch, geliebte Freunde, nicht verhehlen, daß in diesem Programm für uns die Fragen des Unterrichts der Kinder und die Forderung der Arbeiterklasse besondere Bedeutung haben. Das Kind vertritt die Zukunft der Gesellschaft; die aus den heutigen Kindern entstehende künftige Gesellschaft wird jenes Gute haben, was auf die Erziehung der jetzigen Kinder verwendet wurde. Es ist daher von großer Be-

deutung, daß die Herzen der Kinder und der Jünglinge unseres Zeitalters von religiösen Gefühlen und den Begriffen wirklicher Ehrlichkeit durchdrungen werden. Aus diesem Grunde ist die Großmütigkeit der Begüterten und die Hingabe der Lehrer, sowie der Eifer aller nötig, damit der Jugend nicht vollständig die religiöse Erziehung und somit der Gesellschaft die Verheißung einer besseren Zukunft fehle; die Arbeiterklasse, dieser so wichtige Teil der Gesellschaft, verdient die besondere Aufmerksamkeit jener, die das Gute zu fördern suchen. Sie verdient es für sich selbst und wegen der Läden, womit falsche Freunde sie bedrohen. Die Arbeiter müssen wissen, daß die Kirche ihnen stets mit Vorliebe eine besondere Aufmerksamkeit zuwendet. In unseren Zeiten widmete sich ein Papst ruhmreichen Angelegenheiten der Sache der Arbeiter und befürwortete ihre gerechten Ansprüche. Man würde sich jedoch irren, wenn man glaubte, daß mit dem Hinscheiden Leos XIII. der Schutz der Kirche für die Arbeiterklasse nachgelassen hätte. Unser unmittelbarer Vorgänger bestätigte die Fortdauer dieses Interesses in feierlichen Dokumenten, und wir benutzen gerne die Gelegenheit dieser zahlreichen Versammlung der Katholiken, um zu erklären, daß die Enzyklika rerum novarum ihre ganze vor-malige Gültigkeit behält. Auch heute äußert diese Teilnahme der Kirche sich in ihrem mütterlichen Wohlwollen und ihrem umsichtigen Eifer für die Arbeiterklasse.

Aus Stadt und Land

Dresden, 12. März 1919.

Das Ende des stehenden Heeres in Sachsen.

Vielfachen Anfragen entgegenkommend, teilen wir hierdurch nochmals mit, daß das Ministerium für Militärwesen bereits vor einiger Zeit verfügt hat, daß die Reste des alten Heeres bis zum 15. März abgebaut, das heißt entlassen werden. Bis zum 1. April wird auch der Jahrgang 1899 entlassen, so daß über diesen Zeitpunkt hinaus nur noch Freiwilligenformationen bestehen, die als Sicherheitsstruppe und Grenzschutz die ureigenen Interessen des Vaterlandes zu wahren haben. Auch die immer wiederkehrenden Anfragen über die fernere Tätigkeit der Soldatenräte können wir auf Grund gesetzlicher Bestimmungen genau beantworten. In der Verordnung des Ministeriums für Militärwesen vom 5. Februar 1919, die im Einverständnis mit den Vertretern der Soldatenräte des 12. und 19. Armeekorps erlassen worden ist, heißt es, daß überall da, wo die Formationen aufgelöst werden, sich auch die Soldatenräte auflösen. Da, wo Soldatenräte über den 1. April hinaus in Funktion bleiben, tun sie dies auf eigene Rechnung und Gefahr, ohne Legitimation und ohne Auftraggeber, denn die Intendantur stellt am 1. April befehlsgemäß die Zahlung der Gehälter ein.

Wer nach dem 1. April bestimmte militärische Dienststellen zu verwalten hat, bestimmt laut obiger Verfügung vom 5. Februar das Ministerium für Militärwesen, das, wie wir hören, noch besondere Verordnungen darüber in diesen Tagen erlassen wird.

Streik im Oelsnitzer Kohlenrevier.

Zwickau, 11. März. Hier tagten am Sonntag die Vertreter der Kohlenwerke des Lugau-Oelsnitzer und Zwickauer Steinkohlenreviers mit den erst kürzlich gewählten Mitgliedern der Arbeiterausschüsse sämtlicher Kohlenwerke. Den Beratungen, die sich mit der Bewilligung eines Notstandsgeldes beschäftigten, wohnte auch Arbeitsminister Schwarz aus Dresden bei sowie ein Vertreter des Bergamtes und der Berginspektion und ein Vertreter des Finanzministeriums. Da im Verlaufe der Verhandlungen mit der Forderung des Notstandsgeldes eine weitere Regelung der Lohnsätze verhandelt wurde, wurden die Verhandlungen schließlich vertagt. Die endgültige Beschlussfassung erfolgt am Donnerstag dieser Woche. In der Versammlung erschien eine Abordnung eines Demonstrationszuges in Stärke von 170 Mann, der aus dem Lugau-Oelsnitzer Revier nach Zwickau marschiert war. Sie verlangte die sofortige Bewilligung des Notstandsgeldes und drohte mit dem Streik. Die Abordnung wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Arbeiterausschüsse die gesetzlichen Vertreter der Belegschaften seien. Die Vertagung wurde mit über 200 gegen 2 Stimmen beschlossen, damit die rechnerischen Unterlagen herbeigezogen werden können. Trotz dieser Erklärung der Arbeiterausschüsse traten am Montag die Fraktion der Kaiserin-Augusta-Schächtes in Neudörsitz und des Vereinsglück-Schächtes in Oelsnitz in den Ausstand.

Zwickau, 11. März. Heute früh sind sämtliche Belegschaften im Kohlengebiet Oelsnitz-Lugau in den Streik getreten, im ganzen 14000 Mann, um auf die Verhandlungen, die zurzeit mit dem Wirtschaftsminister Schwarz aus Dresden in Zwickau stattfinden, einen Druck auszuüben.

* Freiwillige gesucht! Die Grenzjägerabteilung 3 Rostitz sucht ehemalige Schützen und Jäger und gleichgesinnte Kameraden anderer Truppenteile, die den Schutz der Landesgrenze übernehmen wollen. Es werden freie Verpflegung und Unterkunft, mobile Gebührraiffe und eine tägliche Zulage von 5 Mark gewährt. Außerdem laufen die Familienunterstützungen weiter und die Rentenansprüche nach dem Mannschaftsversorgungsgesetz haben Gültigkeit. Meldungen — mündlich oder schriftlich — sind bei der Grenzjägerabteilung 3 Rostitz in Postau-Lengsfeld einzureichen.

* Wieder eine Straßenbahnlinie mit Pferdebetrieb. Die Straßenbahnstrecke Neustädter

Markt-Strassenbahnshof Witten wird von heute, Mittwoch, ab bis auf weiteres während des Ruhens des elektrischen Betriebes mit Pferden betrieben. Die Pferdeabwagen verkehren von früh 9.15 bis nachmittags 2.30 Uhr in der Fahrtrichtung der Linie 15 in Zwischenzeiten von 15 Minuten. Fahrpreis für die ganze Strecke 75 Pf. Zellstreifen bestehen nicht. Die Wagen halten nach Bedarf an allen Haltestellen. Auch auf der Strecke Altmarkt-Bergmannstraße verkehren die Wagen künftig in Abständen von 15 Minuten.

* Fleischbezug in der Stadt Dresden. In der laufenden Woche werden 200 Gramm Fleisch auf die Karten 1-10 der Reichsfleischkarte Reihe C sichergestellt.

* Verzögerung in der Eier-Verteilung. Infolge der gegenwärtig bestehenden Verkehrshindernisse, die es unmöglich machen, von Leipzig her Ware nach hier zu transportieren, ist es nicht möglich, die zur laufenden Verteilung noch benötigten Eier so rechtzeitig heranzuschaffen, daß die restliche Verteilung der Bevölkerung bis zum 15. März 1919, wie in Aussicht genommen war, durchgeführt werden kann. Die noch ausstehende Lieferung eines Teiles der Dresdner Bevölkerung muß deshalb bis auf weiteres verschoben werden. Das Lebensmittelamt bleibt bemüht, die fehlenden Eier so schnell wie möglich heranzuschaffen.

* Margarineverteilung. 80 Gramm Margarine werden am 14. und 16. März auf Landeslieferante der Stadt Dresden Februar 2 ausgegeben. 1 Pfund Margarine kostet 2,40 Mark, 80 Gramm kosten 40 Pf.

Rückkehr normaler Zustände in Leipzig.

Die Universität Leipzig hat gestern, nachdem der Streik beendet ist, ihre Vorlesungen wieder aufgenommen.

In der heutigen Stadtverordnetenversammlung wird die in den letzten Streiktagen erfolgte Erpressung der 400 000 Mark von Oberbürgermeister Dr. Rothe zur Sprache gebracht werden. Die Erpressung wurde von dem Mitglied der Nationalversammlung Friedrich Geier, dem Stadtverordnetenvorsteher und stellvertretenden Volksbeauftragten beim Polizeiamt Scheib und dem Stadtverordneten Krug in Begleitung von zehn Bewaffneten der Sicherheitstruppen vorgenommen.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

* Grimmitzschan. Gacillenverein. Sonntag den 10. März nachmittags 6 Uhr Generalversammlung in „Stadt Altenburg“.

* Zwickau. Kathol. Jünglingsverein. Gemeinde am Staatsbahnhof für Jugendpflege sind bis spätestens 1. April an den Interzonen einzuweisen. Borkunde dazu können von ihm oder der Buchdruckerei Heinrich in Dresden-W. kleine Meißner Gasse 4, gegen Einzahlung von 24 Pf. in Briefmarken bezogen werden. Baldige Einzahlung der Bestätigung, daß die vorjährige Staatsbeihilfe für die Jugendpflege verwendet worden ist, wird erbeten, soweit Einzahlung noch nicht erfolgte.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptredakteur Paul Schlein; für den Inseratenteil: Edwin Schön. — Druck und Verlag der „Saronia-Buchdruckerei G. m. b. H.“ in Dresden.

Grenz-Jäger

Sollen unser schönes Sachsenland schützen!

Der Tiedie steht vor den Toren,

er will unsere friedlichen Heimstätten plündern und brandschlagen.

Mitkämpfer aus dem Weltkrieg,

Infanteristen, M.-G.-Schützen, Minenwerfer, Feld- und schwere Artilleristen, Fernsprecher und Junker, Kavalleristen, Fahrer, Sanitätsoldaten, Fahnenhändler, Waffenmeister, Flieger und Flaks, Handwerker (Schmiede, Schneider, Schuhmacher und Sattler)

kommt und hilft

bei Euren alten Waffen!

Das Vaterland ist in Gefahr!

Meldet Euch schriftlich oder persönlich in

Königswartha b. Baußen

(Hauptverbeamt: Gasthaus Biewusch)

Mobile Gebührraiffe, dazu 5 M. täglich.

Abzeichen: rotes Jagdhorn auf linkem Oberarm.

Sächsische Freiwillige Grenzjäger-Abteilung 1 „Martini“

Institut für Film- und Schauspiel-Ausbildung.

verbunden mit
Rhetoriklehre, Mimik, Grazie, Anstand, Körperpflege, Schminkkunst, Kleidung, Turnen, Fechten, Schwimmen, Reiten.
Mäßige Preise. Eigene Aufnahme- und Übungs-Ateliers.
Beginn neuer Kurse 17. März 1919 (Prospekt kostenlos).
Wettinerstraße 11 I. Stock. Leitung: W. Francke und v. Puttkamer.
Sprechzeit: 10-12 vorm. 3-5 nachm.

Dresdener Lehranstalt für Musik

Direktor: Organist Paul Walde
Dresden-Neustadt, Melanchthonstrasse 25
Fornsprecher 12552 Sprechzeit 10-1 Uhr
Fachschule f. alle Zweige der Tonkunst f. Beruf u. Haus
Vorschule und Ausbildungsschule (Grund-, Mittel-, Oberstufe)
Aufnahme von Einzelsach- und Vollsachschülern für Klavier, Orgel, Harmonium, Streich- und Blasinstrumente, Gesang, Laute, Mandoline, s. w. Theorie, Zusammenenspiel, Musik-Geschichte, Dirigierübung, Kirchenmusik, Schüler-Orchester- und Chorklassen, Musikwissenschaftl. Vorträge, Komponisten-Abende, Schüler-Vortragsübungen und öffentl. Aufführungen. Eintritt jederzeit. Anmeldungen wochentags 8-7 Uhr.

Wohlgerüche

die wegen Rohmaterialien kaum noch lieferbar sind, bringen wir noch in alter, guter Friedensqualität und Padung auf den Markt. Verlangen Sie daher unsere Spezialmarke

Trocken-Parfüm „Riechnur“

Ladenpreis Mt. 0.20

in Nise, Hleder, Maiglöckchen, Veilchen, Ideal und Van de Cologne, sowie unsere flüssig. Parfümerien, 2 1/2 g Flakons, mit guten Bittertropfen. Unsere Parfümerien sind in allen Drogerien und Parfümeriehandlungen zu haben, sonst geben wir selbst Auskunft.

Maisnurwerk

H. & G. Kuhlman, Dresden-N. Elisenstraße 68-70.

Wein-Restaurant Anton Müller



Täglich: Abend-Konzert ab 7 Uhr.
Sonn- u. Feiertags: Mittags-Konzert von 1 bis 3 Uhr.

Johannstädter Musikschule

Platzmeyerstr. 58, 1. und Lützenbergerstr. 80 str. erteilt Unterricht in allen Zweigen der Musik.

Telephon 14380 Linke 3 u. 7
ymians Balla Theater!
Grißauer Str. 6 Tel. 3 31 Sonntags 2 Vorstell.
Nachr. 4 Uhr kl. Preise. Kind. Hälfte! Donnerst. Damenkaffee
Vorverkaufsorten Wochentags, Sonntagabend, gültig

SARRASANI

Allabendlich 7 Uhr
Mittwoch, Sonnabend, Sonntag 3 Uhr
der große Märzspielplan

Das große Revolutionschauspiel

Eine Königin ohne Krone

Marino, der Mann mit Eisenrippen

Vorverk.: a. d. Circuskasse u. i. Re-Ka.

Trocadero: Fideler Tanzabend.

Am 10. März 1919 früh 6 Uhr entschlief sanft nach kurzem schwerem Leiden, an den Folgen des schweren Krieges, mein lieber guter treusorgender Gatte, der Tischler

Joseph Emmler

im 46. Lebensjahr. Dies zeigt an im Namen aller Hinterbliebenen seine tieftrauernde Gattin

Julianne geb. Tempes.

Dresden-A., Bambergstr. 17, Meissen, Radebeul, Crefeld, (Rheinl.) Hamburg, Nürnberg, Striegau und Breslau i. Schlesien.

Beerdigung findet am 13. März 1/3 Uhr auf dem alten Annen-Friedhofe, Chemnitzstr. statt.

Les Prisonniers de Guerre Français

restant en Allemagne peuvent recevoir des secours en vivres et des conseils chez Monsieur le Délégué de la Croix Rouge Danoise à Dresde

Hôtel Europäischer Hof

Prager Straße — Sidonienstraße

Französische Kriegsgefangene,

die in Deutschland bleiben wollen, können mit Rat und Lebensmitteln unterstützt werden von dem Herrn Delegierten des Dänischen Roten Kreuzes in Dresden

Hotel Europäischer Hof

Prager Straße — Sidonienstraße

Einladung

Hauptversammlung

des Kathol. Pfarrvereins

Mittwoch, den 19. März 1919,

nachm. 3 1/2 Uhr im kath. Gefellenhause zu Dresden, Käufferstraße 4:

Tagesordnung:

- 1. Berichterstattung d. Vorstandes u. Entlastung
2. Neuwahl
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Franz J. Wodenburg, Vorsitzender.

Tagalhüte — Basthüte — Litzenhüte

Umpressen und Färben schnell und billig. Große Auswahl, noch billigere Preise.

Hutfabrik Pillnitzer Straße 19 nur 19.

Answandswerte.

Wir übernehmen die Verwertung ausländischer Wertpapiere, wie von Argentinern, Buenos Aires Stadt, Chilenen, Chinesen, Japanern, Mexikanern, Sao Paulo Eisenb. usw. zu günstigsten Bedingungen und stehen mit Vorschlägen für die Anlage des Gegenwertes zur Verfügung.

Gedr. Arnhold, Bankhaus, Dresden,

Hauptgeschäft: Waisenhausstr. 20. Zweiggeschäfte: Hauptstraße 38 und Chemnitzstr. 96. Berliner Büro: Berlin W 56, Französische Straße 33a.

Tel. 20029 Rote Radler

gegr. 1903 größt. u. leistungsfähigst. Institut am Plage besorgen alles. Neu! Moritzstr. 15 Neu!

Achtung, Pfarrämter!

Protesterkklärungen zum Sammeln von Unterschriften gegen die Einführung der konfessionslosen Schule sind zu beziehen durch die Geschäftsstelle der Sächsischen Volkszeitung Holbeinstr. 46. Fernruf 21366.

Achtung!

Straßenhändler, Hausierer, Wiederverkäufer finden stets die erstklassigsten Schlager nur bei Schmidt, Serrest. 10, Tel. 14959. Erdalschuhcreme, Baselinelederfett, 1. Lederfenkel usw.

Manfchettknöpfe Paar 11.50, 5.85, 3.50, 2.35. Krawattennadeln Stück 11.-, 8.75, 7.50, 6.35, 4.-, 3.-.

Zur Kommunion!

Metall-Zigarettenaschen Stück 22.-, 5.-, 1.95. Zigarettenspitzen Stück 5.85, 2.65, 1.25.

Handtäschchen in beliebigen Formen und guter Verarbeitung Stück 60.- bis 25.-, 18.-, 9.-, 7.-, 4.-, 2.95. Besuchstaschen Stück 24.50, 12.50, 6.35, 4.-, 2.65. Seidenstofftaschen 54.- bis 18.-, 15.-, 10.85. Perlbeutel, reizende Muster, in großer Auswahl.

Halstetten mit Anhänger in nur neuen, geschmackvollen Mustern aus Dublee 18.-, 13.50, 10.-, aus Silber mit Steinen 24.-, 16.50, 10.50, 7.35, aus getrieb. Silber mit echten Steinen Stück 50.-, 34.-, 27.-. Kurze farbige Halstetten Stück 10.-, 6.-, 4.-. Halb lange farbige Halstetten Stück 21.-, 18.-, 13.50, 8.50.

Kommunion-Handschuhe, weiß und schwarz, Zwirn Paar 1.95. Kommunion-Handschuhe, weiß und schwarz, Leder Paar 1.95. Kommunion-Krawatten, Schwarze Schleif-, Rips oder Atlas 2.25 1.85. Kommunion-Hosenträger, dauerhaft gearbeitet, hübsche Muster. 2.75 1.50. Kommunion-Hüte, steif, neue, flecksaure Formen 4.25 3.50.

Mäh-Kästen mit Einr. 34.-, 22.50, 17.-. Mäh-Beutel mit Einr. 22.50, 9.-, 6.75, 2.-. Schmuckkästen 22.50, 17.-, 12.50. Kästen für 'Liebe Erinnerungen' (Silber, Briefe, Karten usw.) Stück 19.-, 15.-, 6.35, 4.85, 4.35.

Wachspferketten 20.- bis 2.35. Damenuhrketten 8.50, 6.-, 1.85. Herrenuhrketten 10.-, 7.50, 5.85, 3.50, 2.-. Uhrbänder Stück 5.85, 2.65, 1.25. Broschen in den verschiedensten Ausführungen und neuen, geschmackvollen Mustern in größter Auswahl!

Vorhemden, Manfchetten, Kragen aus guten Stoffen, sehr preiswert! Watist-Taschentücher mit Doppel- saum und gefalteter Ecke Stück 1.40. Watist-Taschentücher, mit bunter Kante und gefalteter Ecke Stück 1.80. Watist-Taschentücher, ringsum gebogen, mit reicher gestreifter Ecke Stück 3.50.

Kästen für Kragen, Manfchetten, Handschuhe, Krawatten, Geld, Zigarren, Zigaretten, Tabak usw. in großer Auswahl!

Elfenbein- und Bernstein-Schmuck

Schleierstoffe, weiß, bestickt, etwa 110/115 cm breit Meter 19.50 11.00. Schleierstoffe, weiß, mit farb. Tupf, etwa 110/115 cm breit Meter 18.50. Abgepaßte Stückerstoffe mit bestickten Auf, etwa 110 cm br., Meter 12.50.

Geldtaschen ohne und mit Scheintaschen Stück 21.50, 16.-, 16.50, 9.-, 5.-, 4.50, 2.65, 1.35. Briefstaschen 31.50 bis 6.-, 3.50, 2.65, 1.35. Geldscheintaschen 32.50 bis 15.-, 7.50, 5.65, 2.25, 1.50. Visitenkartentaschen 15.-, 9.85, 6.-, 1.85, 1.65.

Rocknadeln 6.-, 3.85, 3.85 bis 1.85. Spiegellanhänger 30.- und 10.-. Armreifen, Silber 11.-, 8.50, 7.-. Kettenarmbänder 28.- und 12.-. Ringe Stück 22.50, 20.-, 8.-, 7.35, 4.-. Ohrringe, Wachspferle, mit echt Haken Paar 28.- bis 12.-, 5.85 bis 2.75.

In Kleider- und Seidenstoffen bieten wir eine gute Auswahl zu verhältnismäßig billigen Preisen! In Batik- und Druck-Seiden bringen wir reizende Ausführungen!

Taschenspiegel mit Einrichtung Stück 14.50, 9.-, 4.50, 3.65, 1.65, 1.25, 95. Uhrarmbänder 4.-, 3.35, 2.65, 1.25, 65. Poesticalben, Tagebücher Stück 9.85 bis 6.85, 4.-, 2.25, 1.85. Zigarrentaschen Stück 42.50 bis 24.-, 19.80, 9.-, 7.65, 5.05. Zigarettentaschen Stück 31.50 bis 14.-, 9.85, 6.-, 4.-.

Taschenbügel und Börsenbügel ohne und mit Kette, in versilbert und Stahlgold.

Gefangbücher Taschenform, mit Goldschnitt von Ml. 7.50 an. Andachtsbücher Klassiker-Gesangbücher.

Residenz-Kaufhaus G. m. b. H.

Kommunionkarten in reicher Auswahl. Feines Briefpapier in Kästen und Packungen. Petchaste, Siegellack.

einfache Stübe

od. Mädchen mit Kenntnissen d. diätetisch. Kochweise. Frau Fabrikbes. Kögler, Ebersbach i. Sa.

Kaufmannslehrling,

Sohn achtbarer Eltern, der möglichst Stenographie und Schreibmaschine beherrscht, gesucht. Angebote unter B. B. 4285 an die Geschäftsstelle d. Säch. Volkszeitung.

Nebenbeschäftigung.

Für sofort zuverlässige Person zum Aufsto gesucht. Zu melden in der Geschäftsstelle der Säch. Volkszeitung.

Seiler

Pianos, Flügel, Harmoniums

von Mannhorg, Hofberg, weltberühmte Fabrikate! Günstige Zahlungsbedingungen! Stolzenberg DRESDEN, Johann-Georgen-Allee 13

Für Herren mit höherer Schulbildung

Sonderkursus in Buchführung, Korrespondenz, Effekten, Wechsel, u. Sachkunde, kaufm. Rechnen, Ml. kaufm. Wissen. Dauer 2-3 Monate. Beteiligung a. einzelnen Fächern ist zulässig. Stenogr. u. Maschinenschr. kann angeschlossen werden. Berl. Sie den Prop. H.

Handels- und Sprachschule, Altmarkt 15, Albertplatz 10 Fernsprecher 17137.